

Die Politik des Feminizids

Infodossier über die frauenfeindliche Politik des AKP-MHP-Regimes
anlässlich der jüngsten Festnahmewelle gegen Aktivistinnen der
Frauenbewegung in der Türkei



14. Juli 2020

Cenî
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 101805
D- 40009 Düsseldorf
Email: cenî_frauen@gmx.de



Inhaltsverzeichnis

Erneute Festnahmen von Mitgliedern der Frauenbewegung.....	3
Gezielte Hinrichtung von Frauenaktivistinnen in Kobanê.....	3
Legalisierung von Vergewaltigung, Zunahme von Frauenmorden.....	3
Angriffe auf das Co-Vorsitzenden-System in den HDP-geführten Stadtverwaltungen.....	4
Repression gegen Frauenaktivistinnen des Frauenvereins Rosa.....	5
Misshandlung und Folter von Rojbîn Cetin.....	5
Repression gegen die Organisation der Gesellschaft - Festnahmewelle und Schließung des DTK.....	5
Festnahmewelle gegen TJA-Aktivistinnen.....	6
Unsere Forderungen.....	7

Die repressive Innen- und Außenpolitik der Türkei wird weltweit zwar mit Skepsis verfolgt und - wenn auch unzureichend - von Zeit zu Zeit kritisiert. Totales Schweigen besteht hingegen gegenüber der Politik des Feminizids der AKP-MHP-Regierung (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)).

Zur Politik des Feminizids gehört nicht nur die Propaganda der sog. klassischen Familie und die Verharmlosung und Nichtverfolgung von Gewaltverbrechen gegen Frauen, deren Opfer mittlerweile den Zahlen von Kriegsbilanzen gleichen. Grundlegender Teil dieser Politik ist die Verfolgung und der Versuch, politisch aktive Frauen mundtot zu machen. Im folgenden geben wir einen Überblick über die Ebenen der Politik des Feminizids des AKP-MHP-Regimes.

Erneute Festnahmen von Mitgliedern der Frauenbewegung

In den frühen Morgenstunden wurden die Wohnungen von Frauenaktivistinnen in Amed/Diyarbakir gestürmt und 33 von ihnen festgenommen unter ihnen auch die Sprecherin der Bewegung der Freien Frauen TJA, Ayse Gökkan. Die Türkei ist weltweit das Land mit den meisten weiblichen politischen Gefangenen. Eine konkrete Zahl ist nicht festzulegen, weil täglich Veränderungen eintreten, aber es wird angenommen, dass in den letzten Jahren zwischen 1500-2000 politische Frauen festgenommen wurden. Es handelt sich um Abgeordnete, Bürgermeisterinnen, Gewerkschafterinnen, Journalistinnen, Anwältinnen, Aktivistinnen, Menschenrechts- und Frauenrechtsaktivistinnen, Friedensmütter, Akademikerinnen u.v.m. Es sind organisierte Frauen die eine effektive Oppositionspolitik gegen die unterdrückerische Politik der AKP-MHP Regierung leisten. Während die AKP-MHP-Regierung vernichtend gegen jegliche Opposition vorgeht und alle mundtot zu machen versucht, ist ihr die Frauenbewegung ein besonderer Dorn im Auge, weil sie trotz Repression, Verbot und Folter das Land vor dem Untergang zu retten versucht und dabei nicht aufgibt.

Dass der türkische Staat explizit gegen die Frauenbewegung vorgehen wird, war den vorausgehenden Erklärungen von Vertretern der Regierung zu entnehmen. Anfang des Jahres erklärte der türkische Innenminister Süleyman Soylu „die PKK ist eine Frauenorganisation, sie baut darauf auf. Die Teilnahme von Frauen an allen PKK Aktionen beläuft sich auf 56%“. Diese Äußerung des Innenministers eines Landes, das jede Opposition mit dem Vorwand der Unterstützung der PKK und folglich als Terrorismusbekämpfung zu zerschlagen versucht, ist eine klare Ansage, dass die Regierung gezielt gegen Frauen vorgehen wird. Seit dieser Erklärung ist eine systematische Zunahme der staatlichen Angriffe gegen kurdische Frauen zu beobachten. (<https://t24.com.tr/haber/icisleri-bakani-soylu-pkk-bir-kadin-orgutudur,863470>)

Gezielte Hinrichtung von Frauenaktivistinnen in Kobanê

Die Politik des Feminizids wird auch außerhalb der Staatsgrenzen angewandt. Erst am 23. Juni 2020 wurden drei Frauen in Nordsyrien (Rojava) in der Stadt Kobanê durch einen gezielten Angriff einer unbemannten, bewaffneten Türkischen Drohne ermordet. Bei dieser gezielten Hinrichtung wurden 3 Aktivistinnen des Frauendachverbands Kongra Star - Zehra Berkel, Hebûn Mele Xelîl und Amina Vaysî - ermordet. Viele Menschenrechtsorganisationen und internationale Institutionen unterstreichen in ihren Berichten, dass in den von der Türkei besetzten Gebieten in Nordsyrien wie Afrin, Girêspi und Serekaniye Frauen ermordet, verschleppt, gefoltert und getötet werden.

Legalisierung von Vergewaltigung, Zunahme von Frauenmorden

Aufgrund des Schweigens und der Tatenlosigkeit der internationalen Institutionen wird der türkische Staat immer kühner auch in seinen institutionalisierten Verbrechen gegen Frauen und Kinder. Momentan wird die Einführung eines Gesetzes diskutiert, welches faktisch die Legalisierung von Vergewaltigung Minderjähriger bedeutet. Das Gesetz soll die Vergewaltiger straffrei lassen, die ihre Opfer heiraten. Dazu sagte Figen Ekti,

ebenfalls heute festgenommenes Mitglied der TJA: „Das Gesetz, die Moral und das Gewissen der Gesellschaft können diese Verbrechen nicht amnestieren. So etwas wird von keiner Religion und schon gar nicht vom internationalen Recht zugelassen. Natürlich kann die Frauenbewegung so etwas ebenfalls nicht hinnehmen, wir stellen uns dem entgegen.“

Seit Anfang Juli sind bereits 14 Frauen in der Türkei ermordet worden, so die Plattform *Kadın Cinayetlerini Durduracağız* („Wir stoppen Frauenmorde“, kurz KCDP). Nach der inoffiziellen Statistik der Organisation wurden 2019 mindestens 474 Frauen und seit Beginn des Jahres mindestens 160 Frauen Opfer eines Femizids. Wie die Zunahme der Gewaltverbrechen gegen Frauen zeigt, ermutigt die staatliche Politik des Feminizids Männer, Frauen zu ermorden, vergewaltigen und zu misshandeln. Seit Jahren verlangt das Bündnis bereits langjährige Haftstrafen für Täter zur Abschreckung und kritisiert, dass Richter bei der Strafzumessung einen viel zu weiten Ermessensspielraum haben. Viel zu oft gebe es Strafnachlässe für angeblichen Affekt, für Reue und oft sogar für gute Führung, nur weil der Täter in Anzug und Krawatte vor Gericht erscheint.

Die AKP droht mit der Annullierung der Istanbul-Konvention

Statt den Forderungen der Frauen nach der Umsetzung der von der Türkei unterschriebenen Istanbul-Konvention zu folgen, stießen AKP-Abgeordnete jüngst eine Diskussion darüber an, dass diese die klassische Familie gefährde. Die Istanbul-Konvention, das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, ist ein im Mai 2011 in Istanbul ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag. Während die Türkei jahrelang jegliche Kritik an den Frauenrechtsverletzungen mit der Istanbul Konvention zurück gewiesen hat, droht sie jetzt offiziell aus dem Vertrag auszutreten. Sollte diese Drohung umgesetzt werden, wird sich die Situation der Frauen noch weiter verschlechtern.

"Wächter" sollen alleinlebende Frauen beschatten

Nach einem neuen Gesetz haben nun die sog. "Wächter", eine Art Bürger-Miliz, in der Türkei die Aufgabe die Wohnungen lediger und alleinlebender Frauen zu beschatten, um Prostitution vorzubeugen. Innerhalb der 18jährigen Regierungszeit der AKP hat die Türkei sich für Frauen zu einem offenen Gefängnis entwickelt. Den Frauen, die keinen religiös-konservativen Lebensstil führen wollen, werden die Lebensgrundlagen entzogen. Frauen werden zunehmend in traditionelle Frauenrollen hineingedrängt. Frauen wird quasi das Recht auf eigenständiges und selbstbestimmtes Leben entzogen. Dieses Gesetz ist ein weiterer Schritt dahin, Frauen mit Zwang unter die Obhut des Mannes zu stellen.

Angriffe auf das Co-Vorsitzenden-System in den HDP-geführten Stadtverwaltungen

Im Zuge der Einsetzung von Zwangsverwaltern an Stelle der gewählten Ko-Bürgermeisterinnen und Ko-Bürgermeister wurden insbesondere von den Bürgermeisterinnen und kommunalen Frauenräten initiierte städtische Fraueneinrichtungen angegriffen und geschlossen. Das System der genderparitätischen Doppelspitze wurde als Vorwand für Repression benutzt, da es gegen die Verfassung verstoße und als terroristisch gebrandmarkt wird. Die AKP-Regierung nutzte die Corona Pandemie dafür, Ko-BürgermeisterInnen abzusetzen und festzunehmen. Mittlerweile stehen 51 der 64 bei den Kommunalwahlen 2019 von der HDP gewonnenen Rathäuser unter Zwangsverwaltung. 21 Ko-BürgermeisterInnen sitzen in türkischen Gefängnissen. Darunter befindet sich Sara Kaya, abgesetzte Ko-Bürgermeisterin von Nusaybin. Sie wurde zu 16 Jahren Haft verurteilt. Figen Ekti von der TJA erklärt dazu: „Das herrschende System fürchtet sich vor der Doppelspitze. Warum? Weil die Frauen damit ein Gleichgewicht schaffen. Eines unserer Grundprinzipien ist, dass das Modell der Doppelspitze unsere ‚jila Linie‘ ist.“ Die Wut der Frauen und der



unterdrückten Völker lasse sich von der Repression jedoch nicht aufhalten. Während die Regierungspolitik darauf angelegt sei, die patriarchale Vormachtstellung, das kapitalistische System, die eigene Machtposition und die Behaglichkeit des Palastlebens aufrecht zu erhalten, setze die HDP auf Frauenbefreiung und den Kampf für Freiheit und Gleichheit.

Repression gegen Frauenaktivistinnen des Frauenvereins Rosa

In der Nacht zum 22. Mai wurden bei einer Razzia achtzehn Aktivist*innen unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer „Terrororganisation“ in den Städten Amed/Diyarbakir und Riha/Urfa in der Türkei festgenommen. Gegen die Betroffenen wird u. A. im Kontext eines Verfahrens gegen den international bekannten Frauenverein Rosa ermittelt. Der Frauenverein Rosa unterstützt seit seiner Gründung im Jahr 2018 von Gewalt betroffene Frauen. Nach der Schließung von über 115 Frauenorganisationen und Unterstützungsvereinen stellt der Verein Rosa mittlerweile die einzige Einrichtung dar, bei der sich von Gewalt betroffene Frauen Unterstützung holen können. Der Verein setzt sich u.a. für die Aufklärung von Gewaltverbrechen gegen Frauen ein. Bei den Durchsuchungen der Vereinsräume wurden auch Akten von Opfern von Gewalt beschlagnahmt.



Misshandlung und Folter von Rojbîn Cetin

Während einer weiteren Festnahmewelle am 26. Juni 2020 wurden 42 Personen, darunter Kranke und ältere Menschen, nach mitternächtlichen Razzien in Polizeigewahrsam genommen. Unter ihnen ist Rojbîn Cetin. Sie ist TJA-Aktivistin, Mitglied der Kommunalkommission der HDP, ehemalige Ko-Bürgermeisterin des Edremit-Bezirks Van. Bei der Festnahme war sie allein zu Hause und wurde 3 Stunden lang von verummten Einsatzkräften misshandelt und gefoltert. Hunde wurden auf sie gehetzt, mit Gewehrkolben geschlagen und einer an ihre Schläfe gehaltenen Pistole bedroht. Weil sie die Aussage verweigerte wurde ihr Wasser über den Kopf geleert, ihre Augen wurden verbunden, die Kleider vom Leib gerissen und sie wurde nackt fotografiert. Rojbîn wurde im Rollstuhl zur Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft gebracht. Ihr Anwalt, der die Folterungen mit Fotos dokumentierte, wurde auf Anweisung der Staatsanwaltschaft zum Verhör vorgeladen. Am 7. Juli wurde sie wegen vermeintlichen Terrorvorwürfen verhaftet.



Repression gegen die Organisierung der Gesellschaft - Festnahmewelle und Schließung des DTK

Am 26. Juni 2020 wurden die Räume des DTK geschlossen und enteignet. Damit einher gingen Festnahmen von 42 Mitgliedern und Führungspersönlichkeiten, hunderte Mitglieder und AktivistInnen befinden sich bereits

in den türkischen Gefängnissen. Der DTK war gegründet worden, um eine demokratische und vielfältige Organisation aller Teile der Gesellschaft als Grundlage für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu erreichen. Während der sogenannten Friedensverhandlungen, die nach dem Wahlerfolg der HDP einseitig von der türkischen Regierung im Juli 2015 beendet wurden, war der DTK ein wichtiger Ansprechpartner für die türkische Regierung. Auch der DTK wird von einer Doppelspitze geführt, aktuelle Ko-Vorsitzenden sind Leyla Güven und Berdan Öztürk, und hat eine autonome Frauenorganisation als Prinzip.

Festnahmewelle gegen TJA-Aktivistinnen

In den Morgenstunden des 14. Juli 2020 stürmten Polizeieinheiten dutzende Wohnungen von Aktivistinnen in der nordkurdischen Metropole Amed (türk. Diyarbakır) und nahmen sie fest. Unter den Festgenommenen befindet sich die Sprecherin der Frauenbewegung TJA, Ayşe Gökkan. Darüber hinaus wurde die Sprecherin der Journalistinnenplattform Mesopotamien und Redakteurin von Jinnews, Ayşe Güney, die Ko-Vorsitzende des Gefangenenhilfsvereins MED TUHAD-FED, Elif Haran, Rabia Ateş vom Gefangenenhilfsverein TUAY-DER, das Stadtratsmitglied von Amed-Rezik, Panayır Çelik, die ehemalige Ko-Vorsitzende des HDP-Kreisverbands von Yenişehir, Demet Özkaran, sowie weitere Frauen festgenommen. Bei Bahar Akyapı aus der Leitung von TUAY-DER sowie bei der Ko-Vorsitzenden der HDP-Amed-Sûr, Hatun Yıldız, fanden Razzien statt. Die Frauen wurden jedoch nicht angetroffen.



Bei den festgenommenen Aktivistinnen handelt es sich um:

Ayşe Gökkan, Sprecherin der TJA und ehem. Ko-Bürgermeisterin von Nuseybin. Sie hat sich jahrelang für die Freiheit der Frauen engagiert und in ihrer Zeit als Ko-Bürgermeisterin viele Frauenprojekte durchgesetzt. Sie ist bereits 2mal inhaftiert worden.

Ayşe Güney, Redakteurin der feministischen Frauennachrichtenagentur JinNews und Sprecherin der Journalistinnen-Plattform Mezopotamya (Mezopotamya Kadın Gazeteciler Platformu, MKGP)

Panayır Çelik, Stadtratsmitglied von Amed-Rezik

Elif Haran, Ko-Vorsitzende des Gefangenenhilfsvereins MED TUHAD-FED

Rabia Ateş vom Gefangenenhilfsverein TUAY-DER

Demet Özkaran, ehemalige Ko-Vorsitzende des HDP-Kreisverbands von Yenişehir

Figen Ekti, Journalistin und Mitglied der TJA und DTK

Hayriye Demir, 70-Jährige Aktivistin der Friedensmütter

Sowie Halime Bayram, Zekiye Güler, Zeynep Süncak Kaya, Rozerin Çatak, Güneş Özel, Hatun Sur, Ronda Bat, Emine Kaya, Dilan Yakut und Selma Metin. Sie sind alle TJA-Aktivistinnen und Mitglieder des Stadtrats von Amed.

Die Bewegung Freier Frauen (TJA) und der Frauenrat der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und hatten am 10. Juni die Kampagne „Frauenkampf ist überall“ gestartet. Die Kampagne richtet sich gegen Krieg, Isolation, Gewalt und Kindesmissbrauch. Das Thema Kindesmissbrauch und das geplante Gesetz zur Legalisierung von sexuellem Missbrauch Minderjähriger im Falle einer Eheschließung zwischen Täter und Opfer wurde im Parlament behandelt und mit landesweiten Straßenaktionen und Frauenversammlungen in die Öffentlichkeit gebracht. Auch zum Thema Gewalt gegen Frauen und der damit verbundenen steigenden Selbstmordrate wurden vielfältige Frauenversammlungen und -aktionen durchgeführt. Im Rahmen der Kampagne wurden zudem Proteste vor Gefängnissen und Justizgebäuden gegen das verabschiedete Vollzugsgesetz angekündigt, weil Sexualverbrecher freigelassen wurden und politische Gefangene davon ausgeschlossen sind. Die Kampagne kristallisiert insbesondere, dass dem kurdischen Volk in der Türkei über das System der Zwangsverwaltung HDP-geführter Rathäuser das aktive und passive Wahlrecht faktisch entzogen worden ist. Im Fokus der Repression stünden die Frauenbewegung und die von ihr erkämpften Errungenschaften wie die genderparitätische Doppelspitze. Um den gemeinsamen Kampf der Frauen überall zu stärken, wurden darüber hinaus die Verbindungen mit alevitischen, geflüchteten und Roma-Frauen gestärkt sowie Kontakte zu Europaparlamentarierinnen und Frauenorganisationen in Europa, Südamerika und dem Mittleren Osten verstärkt.



Unsere Forderungen

- Sofortige Freilassung der festgenommenen Aktivistinnen und aller politischer Gefangener
- umgehende Untersuchung der Haftbedingungen der weiblichen politischen Gefangenen in der Türkei durch das CPT
- Untersuchung der Situation von Frauen in der Türkei und politischer Druck der EU-Gremien zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in der Türkei
- Druck und Sanktionen gegen die Türkei aufgrund ihrer diktatorischen Politik gegen Kurdinnen und Kurden und ethnische Minderheiten
- Untersuchung der Feminizidvorwürfe in den von der Türkei besetzten Gebiete in Nord- und Ostsyrien
- Alle Frauenorganisationen und alle demokratischen Kräfte sind aufgefordert die Frauenbewegung in der Türkei/Kurdistan nicht allein zu lassen und ihr mit praktischer Solidarität beizustehen